Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender:	Oberbürgermeister	Dieter Thalhammer
Anwesend sind:	2. Bürgermeister	Rudolf Schwaiger
	3. Bürgermeister	Benno Zierer
	die Stadträte	Eschenbacher
		Lintl
		Hölzl
		Eberhard
		Schindler
		Grimm
		Sahlmüller
		Kammler
		Bönig
		Vogl
Ersatzmitglied:	Stadtrat	Bauer
Abwesend und entschuldigt:	Stadträtin	Nast
Weitere Teilnehmer:		Stadtdirektor Koch
		OVRin Hagl
		VOI Kapfelsberger
		Dipl. Ing. Jobst
		Herr Zellner
		StR Dr. Kaiser zu TOP 8
Schriftführerin:		Irene Striegl

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Beginn der öffentlichen Sitzung: 17.03 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Planungs- und Umweltausschusses vom 08.06.2011 liegt auf und gilt nach Abschluss der Sitzung als genehmigt.

Der Vorsitzende bittet in Ergänzung der nichtöffentlichen Tagesordnung um Behandlung eilbedürftiger Punkte.

Der Ausschuss stimmt dem zu.

Tagesordnung

1) Bekanntgaben
   a) Bekanntgabe von Auftragsvergaben
   b) Bericht OB - Zuwendungen für städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen im Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm IV - Aktive Zentren
      - Verfügungsfonds 2008 mit KinderSpaßTag
      - Projektfonds 2011
2) Generalsanierung Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
   Bereitstellung Serverraum im Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 anstelle des geplanten Umbaus/Erweiterung im Rathaus
   Verlagerung der EDV Abteilung in das Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
   Unterbringung von Archivräumen in den anderen Verwaltungsgebäuden
   Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung
   - Empfehlung für den Stadtrat -
3) Brandschutztechnische Maßnahmen an der Sporthalle Luitpoldanlage
   - Projektbeschluss -

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

---

4) Generalsanierung VHS (Gebäude)
   Zusätzliche Kosten für Blend- und Sonnenschutzanlagen
   - Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung -
   - Empfehlung für den Stadtrat -
5) Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen"
6) Freiwillige Feuerwehr Tüntenhausen
   a) Bestätigung des Feuerwehrkommandanten
   b) Bestätigung des Feuerwehrkommandanten-Stellvertreters
7) Energiesparservice für sozial benachteiligte Familien
8) Volksfest 2011
   Antrag Partei Die Linke; Volksfestgutscheine
9) Arbeitsgemeinschaft MAA (Munich Airport Area)
   (HA 27.06.2011)
10) Berichte und Anfragen
   a) Anfrage StR Hölzl - Sportheim BC Attaching; Schadenbehebung
   b) Anfrage StRin Sahlmüller - Karl-Meichelbeck-Realschule; Mängel im Duschbereich
   c) Bericht Herr Jobst - Generalsanierung Asamgebäude; Öffentlichkeitsarbeit
   d) Bericht OB - Anfrage Staatl. Berufsschule Freising bezüglich der Nutzung der Mehrzweckhalle in der Luitpoldanlage für Abschlussprüfungen
   e) Anfrage Bgm. Schwaiger - Wippenhauser Straße; Schwerlastverkehr
   f) Hinweis Bgm. Schwaiger - Einladung Seminar „Haftungsfallen in Geschäftsführung und Aufsichtsrat"
   g) Anfrage StR Grimm - Langzeitabstellung von Fahrrädern in der Innenstadt
   h) Anfrage StRin Eberhard - Vöttinger Straße; Bauarbeiten
   i) Bericht OB - Hotel Bayer. Hof; Bauarbeiten Tiefgarage
   Vereinbarung hinsichtlich Ersatzparkplätze auf dem Parkplatz Kammergasse West

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des

Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 1a Bekanntgaben

Bekanntgabe von Auftragsvergaben

Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Auftragsvergaben bekannt:

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
11.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Beleuchtung	Romantschak, Hohenkammer	29.626,24
11.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Elektroinstallation	Schlegl GmbH, Marzling	97.984,06
11.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Trockenbauarbeiten	Kramhöller GmbH, Plattling	68.473,25
17.06.2011	64	Erneuerung Lärmschutzwand Karwendelring (J 5/6)	Erstellung einer Lärmschutzwand	he-b Ingenieurbau GmbH, Passau	115.880,14
20.07.2011	65	Umbau mit Generalsanierung der ehem. Schule St. Georg 2. BA	Baumeisterarbeiten	Projektbau Matthias Regner GmbH, Furth im Wald	654.962,97
20.07.2011	64	Überbauerneuerung über Thalhauser Graben und prov. Deckensanierung; Deckenverstärkung Durchlass Ismaninger Str./Erdinger Str.	Baumeister- und Betoninstandsetzungs-arbeiten	Neulinger Bau GmbH, Hofkirchen	251.996,64
21.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Maler- und Lackierarbeiten	Kieninger Maler GmbH, Moosburg	19.886,04
21.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Sonnenschutzanlagen	ReWaTech, Unterschleißheim	19.241,59
22.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Bodenbelagsarbeiten	Brandl Innenausbau, Kelheim	28.335,03

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des

Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
22.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Estricharbeiten	Brandl Innenausbau, Kelheim	20.707,96
22.07.2011	65	Umbau und Sanierung Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6, Freising	Kanalarbeiten	Anton Rieger Baggerbetrieb GmbH, Nandlstadt	26.522,72
25.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Metallbauarbeiten, Rauchschutztüren	Sittenauer, Freising	18.542,19
26.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Tischler- und Beschlagsarbeiten - Türblätter und Fensterbretter	Schreinerei Huber, Kirchdorf	16.604,07
27.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Heizung und Lüftung	Deuter, Freising	69.094,26
27.07.2011	65	Errichtung eines Schulgebäudes in Ständerbauweise, Düwellstraße 22, Freising	Sanitär	Deuter, Freising	37.098,84
26.07.2011	65	Lehrerzimmererweiterung und Umbau der Fachräume der Karl-Meichelbeck-Realschule	Baumeisterarbeiten	Anzinger, Erding	117.720,87
27.07.2011	64	Innere Erschließung General-von-Stein Kaserne; Zwischenausbau Planstraße 100 und 101	Straßenbauarbeiten	Franz Schelle GmbH und Co. KG, Pfaffenhofen	150.502,36
28.07.2011	65	Umbau mit Generalsanierung der ehem. Schule St. Georg 2. BA	Lüftungsarbeiten	Baier GmbH, Osterhofen	35.180,33
28.07.2011	65	Umbau mit Generalsanierung der ehem. Schule St. Georg 2. BA	Sanitärarbeiten	Baier GmbH, Osterhofen	122.582,02
28.07.2011	65	Umbau mit Generalsanierung der ehem. Schule St. Georg 2. BA	Heizungsarbeiten	Baier GmbH, Osterhofen	165.637,05
02.08.2011	65	Musikschule Pavillon, Kölblstr. 2, Freising	Energetische Sanierung, Asbestentsorgung Bodenbelag	Asbestsanierung Tarisch UG, München	22.255,65

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
05.08.2011	65	Musikschule Pavillon, Kölblstr. 2, Freising	Energetische Sanierung; Linolbodenarbeiten	Bodenlos GmbH, München	22.150,66

Der Vorsitzende ist zuversichtlich, dass die 3 Projekte, für die die energetische Sanierung genehmigt wurde, auch fristgerecht abgerechnet werden können.

TOP 1b **Bekanntgaben**

Bericht OB - Zuwendungen für städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen im Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm IV - Aktive Zentren
- Verfügungsfonds 2008 mit KinderSpaßTag
- Projektfonds 2011

Anwesend: 14

Der Vorsitzende informiert den Hauptausschuss, dass die Stadt von der Regierung von Oberbayern Zuwendungsbescheide aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm IV - Aktive Zentren erhalten habe. Für die Einzelmaßnahme „Verfügungsfonds 2008 mit KinderSpaßTag" bekomme die Stadt 4.306 € und für den „Projektfond 2011" erhalte die Stadt 12.300 €.

Der Bericht dient zur Kenntnis.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 2 Generalsanierung Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
Bereitstellung Serverraum im Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 anstelle des geplanten Umbaus/Erweiterung im Rathaus
Verlagerung der EDV Abteilung in das Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
Unterbringung von Archivräumen in den anderen Verwaltungsgebäuden
Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung
- Empfehlung für den Stadtrat -
Anwesend: 14

Herr Jobst berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Auf Nachfrage von StR Eschenbacher erläutert Herr Jobst, dass der bisher im Rathaus untergebrachte Server auch dort verbleibe. Insgesamt benötige man 2 Serverräume, also einen weiteren Serverraum für die Backuplösung. Die für das Haushaltsjahr 2011 eingeplanten Mittel für die Modernisierung mit Umbau und Erweiterung des Serverbereiches seien insbesondere für eine zusätzlich notwendige Kühlung gedacht gewesen, die bei der nunmehr angedachten Unterbringung im Verwaltungsgebäude Amtsgerichtgasse 6 im Rathaus nicht mehr in dem Umfang notwendig seien.

StR Eschenbacher erkundigt sich nach der weiteren Verwendung der Räumlichkeiten im Gebäude Rindermarkt, nachdem nunmehr das Organisationsamt und die EDV ausziehen werden. Er fände es schön, wenn die Räumlichkeiten im Erdgeschoß wieder einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden könnten.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass dieses Gebäude angemietet sei und man sich derzeit in Verhandlungen befinde. Das Gebäude werde wohl weiterhin für Zwecke der Verwaltung zur Verfügung stehen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

StRin Sahlmüller fragt nach, ob die Umplanung für die Unterbringung der Verkehrsüberwachung von Nachteil sei bzw. ob davon ausgegangen werden könne, dass die Verkehrsüberwachung personell in der derzeitigen Größenordnung bleibe.

Der Vorsitzende trägt vor, sollte ein erheblicher Bedarf im Bereich der Verkehrsüberwachung hinzukommen, müsse man sich überlegen, ob man weiterhin für Dachau, Karlsruhe und Hallbergmoos die Verkehrsüberwachung übernehme.

StR Grimm hält den Vorschlag für eine sinnvolle Lösung, nachdem sich künftig in diesem Bereich die meisten Arbeitsplätze befinden.

StR Vogl ist nicht so ganz von dieser Lösung überzeugt, nachdem es nicht mehr notwendig sei, räumlich in der Nähe der Serverräume zu sitzen. Dies entspreche auch dem heutigen Trend, dass Server größtenteils outgesourct werden und in mehreren 100 km entfernten Rechenzentren untergebracht seien. Er erkundigt sich, welche zusätzlichen Kosten durch diese Maßnahme entstehen.

Herr Jobst teilt mit, dass zwar nach wie vor eine Kühlung im Rathaus benötigt werde, aber in einem wesentlich kleineren Umfang im Kellerraum. Auf Nachfrage von StR Vogl erläutert er, dass es sich bei der jetzt vorhandenen Kühlanlage im Rathaus um eine gebrauchte Anlage vom Gebäude Rindermarkt handle, die provisorisch umgebaut worden sei. Diese werde durch eine Profianlage ersetzt mit Kosten von ca. 40.000 €. Die ursprünglich geplanten zusätzlichen Aufwendungen für einen Umbau im Dachgeschoß können durch die heute vorgestellte Umplanung eingespart werden.

StR Vogl erkundigt sich angesichts der angespannten Haushaltslage nach dem zusätzlichen Nutzen durch diese Maßnahme.

Herr Jobst teilt mit, dass dadurch eine neue zentrale Anlage in einem neuen Gebäude entstehe mit optimaler Technik. Gleichzeitig schaffe man eine Backuplösung für die Ausfall-

sicherheit im Rathaus. Wenn - wie ursprünglich geplant - im Rathaus eine Aufrüstung für 80.000 € durchgeführt worden wäre, hätte man im nächsten Jahr auch noch ein kleines Paket für die Backuplösung installieren müssen.
Auf Nachfrage von StR Vogl teilt VOI Kapfelsberger mit, dass es bisher keine Backuplösung gebe.

StRin Eberhard bittet zum besseren Verständnis des Sachverhalts um Übermittlung eines Fließschemas oder einer Grafik. Man könne sich dann besser vorstellen, wo die einzelnen Dinge untergebracht seien.

Der Vorsitzende sagt die Übermittlung eines Fließschemas an die Fraktionen zu.

Auf Nachfrage von StRin Bönig erläutert VOI Kapfelsberger, dass grundsätzlich ein Server ausreichend sei. Der zweite Server diene zur Absicherung.

Beschluss Nr. 310/68a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Dem Stadtrat wird empfohlen zu beschließen:

1. Die Schaffung eines neuen Serverbereiches im Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 mit Verlagerung der EDV Abteilung in das Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 wird als Projekt beschlossen.
2. Die zusätzlichen Kosten hierfür in Höhe von ca. 80.000,00 € werden genehmigt.
3. Diese werde von der Haushaltsstelle 1/0682/9456 auf die Haushaltsstelle 1/0689/9401 umgeschichtet.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 10a Berichte und Anfragen

Anfrage StR Hölzl - Sportheim BC Attaching; Schadenbehebung

Anwesend: 14

StR Hölzl erinnert an seinen Hinweis in der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.10.2010, wonach das Dach undicht sei. Er erkundigt sich nach dem Sachstand, nachdem bisher keine Schadenbehebung erfolgt sei.

Herr Jobst teilt mit, dass die Angelegenheit am Laufen sei.
Der Vorsitzende bittet StR Hölzl nochmals um Hinweis, falls in absehbarer Zeit keine Abhilfe geschaffen werde.

TOP 10b Berichte und Anfragen

Anfrage StRin Sahlmüller - Karl-Meichelbeck-Realschule; Mängel im Duschbereich

Anwesend: 14

StRin Sahlmüller trägt vor, dass das Thema Duschbereich in der Karl-Meichelbeck-Realschule bereits mehrfach angesprochen worden sei. Hier sei immer noch keine Abhilfe geschaffen worden.
Der Vorsitzende bittet um Hinweis an die Verwaltung. Gleichzeitig bittet er, derartige Anfragen im zuständigen Kulturausschuss vorzubringen.

TOP 3 Brandschutztechnische Maßnahmen an der Sporthalle Luitpoldanlage - Projektbeschluss -

Anwesend: 14

Herr Jobst berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

StRin Bönig stellt fest, dass die Notwendigkeit der Maßnahme, nachdem dort auch schulische Veranstaltungen stattfinden, außer Frage stehe. Allerdings stelle sich ihr die Frage, mit wie viel zusätzlichen Kosten man nach brandschutztechnischen Überprüfungen noch zu rechnen habe, nachdem sich bekanntlich einige ältere Gebäude, auch Schulgebäude, im Besitz der Stadt Freising befinden.

Der Vorsitzende erläutert, dass gerade Schulen in dieser Hinsicht geprüft werden müssen, weil niemand die Verantwortung übernehmen könne, falls sich entsprechende Vorfälle ereignen.

StRin Bönig präzisiert, dass es ihr um eine ungefähre Höhe der hier noch anfallenden Kosten gehe, vor allem im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen.

Herr Jobst teilt mit, dass man hierzu keine Aussagen treffen könne, da jedes Gebäude für sich betrachtet untersucht werden müsse. Die heute vorgestellten Kosten werden aber sicherlich nicht die letzten sein. Es gebe noch viele andere alte Gebäude, wo ähnliche Probleme vorliegen. Diese müssen untersucht und eine entsprechende Matrix erstellt werden, um die Priorisierung festzulegen. Sobald ein Ergebnis vorliege, könne man über die Kosten Aussagen treffen und werde natürlich das zuständige Gremium entsprechend informieren.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kommune ständig wechselnden Vorschriften unterliege, abhängig auch von verschiedensten Ereignissen wie z. B. in Bad Reichenhall oder in Duisburg. Die Stadt müsse dann jeweils entsprechend reagieren. Soweit diesbezüglich Zahlen vorliegen, werde man diese natürlich in die Haushaltsberatungen einbringen.

StR Eschenbacher bittet angesichts der doch nicht unerheblichen Kosten um nähere Erläuterungen.

Herr Jobst teilt mit, dass die Planung unter Berücksichtigung der Versammlungsstättenordnung erfolgt sei. Es handle sich um eine Stahlkonstruktion, die natürlich standfest sein müsse. In den Kosten sei auch das Fundament enthalten.

Bgm. Zierer bittet um nähere Erläuterung der Kosten.
Herr Jobst trägt vor, dass ca. 10.000 € Planungskosten in den Gesamtkosten mit ca. 95.000 € enthalten seien.

Auf Nachfrage von StR Vogl erläutert Herr Jobst, dass die Kosten im Verwaltungshaushalt angesetzt worden seien, nachdem es sich um eine Instandsetzungsmaßnahme eines bestehenden Gebäudes handle.

Beschluss Nr. 311/68a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der erforderliche Umbau und der Anbau einer Außentreppenanlage als 2ter Fluchtweg aus der Sporthalle in der Luitpoldanlage in Freising wird zur weiteren Planung freigegeben und mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 95.000,00 € als Projekt beschlossen.
Die Leitung für die Tragwerksplanung wird an das Ing. Büro Brandl & Eltschig, Freising unter Berücksichtigung der Vorschriften der HOAI vergeben.

**TOP 4 Generalsanierung VHS (Gebäude)
Zusätzliche Kosten für Blend- und Sonnenschutzanlagen
- Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung -
- Empfehlung für den Stadtrat -
Anwesend: 14**

Herr Jobst erläutert die Angelegenheit gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StRin Bönig stimmt der Umschichtung zu. Sie sei irritiert, da diese Sonnenschutzanlagen - wie auch beim Umbau Josef-Hofmiller-Gymnasium - scheinbar nie in der Kostenberechnung enthalten seien und damit immer durch Umschichtung nachträglich zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratung im Kulturausschuss, der eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen habe. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, dass diesen Sonnenschutz der Mieter selbst anbringe.

Herr Jobst erläutert, dass ein Sonnenschutz seitens der Bauverwaltung nur dort vorgesehen werde, wo dieser wirklich erforderlich sei. Beim Josef-Hofmiller-Gymnasium habe man die provisorischen Leitungen vorsichtshalber eingebaut, für den Fall, dass vom Nutzer ein Sonnenschutz unbedingt gewünscht werde. Bei den neuen Kindertagesstätten habe man den Sonnenschutz z. B. vorgesehen, weil er hier - auch um den Passivhausstandard zu erfüllen - erforderlich sei.

Auf Nachfrage von StR Vogl bezüglich des Deckungsvorschlages erläutert der Vorsitzende, dass die entsprechenden Kosten bei den PV-Anlagen 2011 eingespart werden konnten.

StRin Sahlmüller erkundigt sich, ob es tatsächlich erforderlich sei, dass dieser Sonnenschutz mit einer Anlage gekoppelt werde. Dies sei die teuerste Lösung. Herr Dorn - Geschäftsführer der VHS - habe bei der General-von-Stein Kaserne selbst eine wesentlich günstigere Lösung angebracht.

Herr Jobst teilt mit, dass man dies nicht vergleichen könne. Bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung handle es sich um nachhaltige Konstruktionen, die auch dem neuen Gebäude angemessen versteckt untergebracht seien. Diese Lösung sei auch so mit Herrn Dorn abgestimmt worden.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Auf Nachfrage teilt Herr Jobst mit, dass die erforderlichen Vorbereitungen bereits im Zuge der Generalsanierung angebracht worden seien.

Beschluss Nr. 312/68a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Dem Stadtrat wird empfohlen zu beschließen:

Die zusätzlichen Kosten für den Einbau der Sonnen- und Blendschutzanlage in Höhe von brutto ca. 40.000,00 € werden genehmigt. Diese werden von der Haushaltsstelle 1/2110/9680 (PV-Anlage Vötting) auf die Haushaltsstelle 1/8801/9460 (Generalsanierung VHS) umgeschichtet.

TOP 5 Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“
Anwesend: 14

Der Vorsitzende berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Auf Nachfrage von StR Bauer bezüglich der Beteiligung von Umweltreferent StR Drobny, der auch Antragsteller sei, teilt der Vorsitzende mit, dass dies wohl leider nicht erfolgt sei.

StR Grimm bittet die Angelegenheit zurückzustellen, um Umweltreferent Drobny entsprechend zu beteiligen.

Der Ausschuss spricht sich für die Vertagung der Angelegenheit zur Beteiligung des Umweltreferenten, StR Drobny, aus.
Die Angelegenheit wird entsprechend zurückgestellt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 6 **Freiwillige Feuerwehr Tüntenhausen**
a) Bestätigung des Feuerwehrkommandanten
b) Bestätigung des Feuerwehrkommandanten-Stellvertreters
Anwesend: 14

Der Vorsitzende berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StRin Sahlmüller nutzt die Gelegenheit, um den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr ein großes Lob auszusprechen. Es handle sich hier um eine der großen Errungenschaften der kommunalen Organisation, die in Deutschland etwas ganz besonders sei. Dies werde immer dann bewusst, wenn es zu Bränden in Ländern komme, wo es eine derartige Einrichtung nicht gebe.

Der Vorsitzende merkt dazu an, dass man dieses Lob auch dadurch zum Ausdruck bringen könne, indem die Vertreter der Fraktionen im Stadtrat - die auch immer eingeladen werden - an der jährlichen Feuerwehrgeneralversammlung teilnehmen.

Beschluss Nr. 313/68a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Herr Ludwig Wiesheu, geb. 26.10.1958, wird als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Tüntenhausen für 6 Jahre gem. Art. 8 Abs. 4 BayFwG bestätigt.

Herr Gerhard Hartmair, geb. 09.02.1967, wird als Kommandanten Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr Tüntenhausen für 6 Jahre gem. Art. 8 Abs. 4 mit Abs. 5 BayFwG bestätigt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 7 **Energiesparservice für sozial benachteiligte Familien**
Anwesend: 14

Herr Zellner erläutert die Angelegenheit gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Eschenbacher findet es toll, wenn aus dem Agenda-Beirat solche Projektideen angestoßen werden. Er möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Bereitstellung von Mitteln im Haushalt notwendig sein werde und dies werde er auch empfehlen. Er möchte nicht, dass man heute der Projektgruppe einen Auftrag erteile und dann letztlich keine Haushaltsmittel für die Realisierung zur Verfügung stehen.

StRin Eberhard unterstützt grundsätzlich den Vorschlag. Für sie sei allerdings fraglich, wie hoch die Einsparungen für die Betroffenen letztlich seien. Die Stromkosten seien finanziell nicht so ausschlaggebend.

Der Vorsitzende betont, dass es auch darum gehe, Anreize zu geben, um Energie zu sparen, gerade im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen. Bekanntlich sei es durchaus möglich, im täglichen Leben bis zu 20 % Strom einzusparen.

StRin Bönig spricht sich ebenfalls dafür aus, die Projektgruppe weiter zu beauftragen. Sie findet allerdings die in Punkt 1 und 2 enthaltenen Aussagen in der Anlage bezüglich des Nutzerverhaltens beim Strom- bzw. Heizverbrauch etwas widersprüchlich.

Herr Zellner erläutert, dass es sich letztendlich um eine Beratung in allen Bereichen handle. Allerdings gehe man davon aus, nachdem der Nutzer die Heizkosten erstattet bekomme, dass dies daher weniger ein Thema sei. Man möchte die Familien sensibilisieren, natürlich auch für den Wärmeverbrauch. Der Verwaltung sei mitgeteilt worden, dass Einsparungen von 100 € bis 800 € pro Haushalt durchaus möglich seien. In Landshut seien unterschiedlichste Erfahrungen gemacht worden.

StR Vogl hält dies ebenfalls für eine sehr gute Idee. Er schließt sich den Ausführungen von StR Eschenbacher voll inhaltlich an. Bezüglich der vorgebrachten Bedenken weist er darauf hin, dass es solche Einrichtungen bereits in anderen Städten gebe. Er bedankt sich bei den Initiatoren und auch der Verwaltung für die positive Stellungnahme.

StRin Schindler verlässt den Raum.

Bgm. Schwaiger schließt sich seinem Vorredner prinzipiell an. Allerdings gibt er zu bedenken, dass es sich bei den angeführten Städten München und Landshut um kreisfreie Städte handle. Insofern verfolge die Stadt wieder einmal einen Gedankengang, der eigentlich auf den Landkreis zurückfallen würde, da dieser die Kosten für die benachteiligten Familien übernehme. Man übernehme damit wieder eine Aufgabe, für die man eigentlich nicht zuständig sei und auch keine frei verfügbaren Finanzen habe, wenngleich die Projektidee sicherlich nachhaltig sei, die Betroffenen zum Energiesparen anzuregen. Seiner Erinnerung nach gehe es um ca. 30.000 € im Jahr. Es sollte vielleicht versucht werden, dieses Projekt nicht nur auf kommunaler Ebene zu betreiben sondern im Verbund mit dem Landkreis. Hinzu komme, dass sich auch die Arbeitsgemeinschaft „Airfolgsregion" mit dem Gedanken trage, ein Projekt „Energiesparen - Energieberatung" zu initiieren. Möglicherweise sei hier eine Kooperation oder Finanzierungsmöglichkeit gegeben. Herr Reuß, Sprecher der Projektgruppe Energie und Klimaschutz, sei allerdings von dieser Idee nicht so angetan gewesen, weil diese wohl nicht so schnell umsetzbar wäre, da mehrere Vorarbeiten nötig wären. Grundsätzlich sei damals von der Arbeitsgemeinschaft „Airfolgsregion" signalisiert worden, dass man sich mit diesem Thema beschäftigen wolle. Sein Ansatz sei nunmehr, dass man vielleicht einen Teil der Kosten über Sponsoring von der Arbeitsgemeinschaft erhalten könne.

StRin Kammler erläutert, dass man die Projektidee im Sozialforum der Wohlfahrtsverbände besprochen habe. Die Wohlfahrtsverbände sehen dieses Projekt sehr positiv. Allerdings bräuchten sie etwas an die Hand, was man weitergeben könnte. Insgesamt seien die Wohlfahrtsverbände hier sehr interessiert.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

StRin Schindler nimmt wieder an der Sitzung teil.

StRin Eberhard bringt zu den Ausführungen von Bgm. Schwaiger vor, dass ihre Fraktion einerseits Sponsoring natürlich gut finde. Allerdings stehe die Arbeitsgemeinschaft „Airfolgsregion" mit dem Flughafen in Verbindung und allen sei bekannt, wie man derzeit mit dem Flughafen bezüglich des möglichen Baus einer 3. Start- und Landebahn stehe. Aus diesen Gründen spreche sie sich gegen eine Einbeziehung des Flughafens aus. Hierzu sollten auch alle stehen.

StRin Sahlmüller ergänzt, dass Herr Reuß auf ein eingespieltes Team in Landshut hingewiesen habe, welches diese Beratungen vornehme. Er habe daher den Vorschlag gemacht, auch mit diesem Team weiterzuarbeiten. Für die Einrichtung eines neuen Beratungsteams vermute er eine Vorarbeit von 2 Jahren.

StRin Lintl trägt vor, dass der Flughafen derzeit sicherlich ein sehr brisantes Thema sei und die Volksseele extrem belaste. Dennoch sei und bleibe der Flughafen der größte Arbeitgeber und habe damit auch soziale Verpflichtungen. Wenn es Angebote im sozialen Bereich gebe zum Wohle und zur Aufklärung sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten würde sie dies auf keinen Fall ausschlagen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man - wie vorgeschlagen - die Angelegenheit zur weiteren Vorbereitung an die Projektgruppe zurückgeben werde. Wenn ein ausgearbeitetes Konzept vorliege, könne man sich entsprechend damit befassen.

StRin Kammler trägt vor, dass Herr Reuß weiter mit der Diakonie in Landshut zusammenarbeiten möchte. Herr Prof. Guthy, Diakonisches Werk des Evang.-Luth. Dekanatsbezirkes Freising e.V., sei hiervon schon sehr überrascht gewesen. Sie würde schon vorschlagen, dass sich Herr Reuß mit Herrn Prof. Guthy diesbezüglich in Verbindung setzen sollte.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Der Vorsitzende betont nochmals, dass man den Sachverhalt an die Projektgruppe zur Ausarbeitung eines Konzepts zurückgebe. Mit den örtlichen Wohlfahrtsverbänden soll entsprechend Kontakt aufgenommen werden. Er halte es nicht für sinnvoll, andere Bezirksverbände bei der Lösung örtlicher Probleme einzuschalten. Sollte sich dadurch eine zeitliche Verzögerung ergeben, sei dies zwar bedauerlich, aber andererseits können die Verbände sicherlich auch im Innenverhältnis auf die Erfahrungen von Landshut zurückgreifen.

Beschluss Nr. 314/68a
Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Die Projektidee „Energiesparservice für sozial benachteiligte Familien" wird grundsätzlich positiv bewertet.
Eine Beteiligung der Stadt sollte angestrebt werden - eine abschließende Aussage hängt aber vom detaillierten Konzept für die Umsetzung ab.
Die Projektgruppe wird um die Erarbeitung gebeten. Eine breite Beteiligung der Wohlfahrtsverbände und die Finanzierung über Sponsoren werden als wünschenswert erachtet.
Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln kann frühestens bei der Verabschiedung des Haushalts 2012 in Aussicht gestellt werden.

TOP 8 Volksfest 2011
Antrag Partei Die Linke; Volksfestgutscheine
Anwesend: 14

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Punkt auch den Antragsteller, Stadtrat Dr. Kaiser.

Herr Zellner berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nach der Beratung im Hauptausschuss ein Arbeitskreis mit den Vertretern/innen der Fraktionen gebildet worden sei. Er erkundigt sich, zu welchem Ergebnis man gekommen sei.

StRin Eberhard trägt vor, dass StRin Nast als Mitglied des Arbeitskreises als Ergebnis mitgeteilt habe, dass hierfür keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten, da die bürokratische Verteilung der Gutscheine sehr schwierig sei. Aus diesem Grund würde man Sponsoring bevorzugen, zumal man darauf verweisen könne, wenn die Sponsorenmittel zur Neige gehen.
StRin Nast habe des Weiteren erläutert, dass die zu erstellende Liste des entsprechenden Personenkreises an die Freisinger Tafel gegeben werden könnte, die sich bereits zur Vergabe der Gutscheine bereit erklärt habe. Ein Abgleich mit der Diakonie, der Caritas, der AWO und ggf. dem Kinderschutzbund wäre sinnvoll, um evtl. Missbrauch vorzubeugen.
Ihre Fraktion habe dies soweit als in Ordnung befunden, wenn man dies über Sponsoring abwickle. Ihres Wissens hätten sich StR Dr. Kaiser und StR Irlstorfer hinsichtlich möglicher Sponsoren erkundigen wollen.

Der Vorsitzende zeigt sich etwas verwundert, da eigentlich der Auftrag des Hauptausschusses gewesen sei, dass der Arbeitskreis (bestehend u. a. auch aus den Vertretern/innen der Fraktionen) einen Beschlussvorschlag erarbeiten sollte. Ein solcher sei ihm aber nicht vorgelegt worden. Zur Aufklärung der Angelegenheit erteilt er das Wort StR Dr. Kaiser in seiner Eigenschaft als Antragsteller.

StR Vogl verlässt den Raum.

StR Dr. Kaiser bedankt sich für die Möglichkeit, nochmals zu seinem Antrag Stellung nehmen zu dürfen. Er bestätigt, dass sich der Arbeitskreis getroffen habe. Allerdings sei man seines Erachtens mit keinem zufriedenstellenden Ergebnis auseinandergegangen. Seiner Erinnerung nach hatte der Arbeitskreis die Aufgabe, den Verteilungsmodus festzulegen bzw. vorzuschlagen. Er bezieht sich auf seinen Antrag. Dieser beinhalte einen genau definierten Personen-

kreis, der mit geringen Mitteln unterstützt werden soll, um die Teilnahme am Volksfest zu ermöglichen. Dies werde nunmehr mit der heutigen Beschlussvorlage vom zuständigen Referat aus „grundsätzlichen Erwägungen" ablehnend beurteilt. Diese Aussage verwundere ihn schon sehr, da damit seines Erachtens eine politische Frage beantwortet werde. Wenn hingegen damit argumentiert worden wäre, dass keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden, dann würde er dies akzeptieren. Aber die Begründung aus „grundsätzlichen Erwägungen" könne er nicht nachvollziehen, dies sei eine politische Entscheidung. Scheinbar sei manchmal der einzige Grundsatz, dass man einfach einen Antrag seiner Partei ablehne.
Er zeigt sich in seinen weiteren Ausführungen sehr enttäuscht von den Beratungen der Fraktionen im Rahmen des Arbeitskreises. Insgesamt sei die Thematik seines Erachtens hinausgeschoben bzw. verzögert worden, so dass letztlich eine Umsetzung für das Volksfest 2011 nicht mehr möglich sein werde. Er weist aber darauf hin, dass der Antrag für das nächste Volksfest 2012 bereits wieder vorliege.

StR Vogl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Im Gegensatz zur Meinung des Landratsamtes - Jobcenter - vertritt StR Dr. Kaiser die Auffassung, dass im Regelsatz eben kein Betrag für „Volksfest" enthalten sei. Im Regelbedarf sei immer nur die Rede von alkoholfreien Getränken. Zur Ausgabe der Zeichen seien von ihm praktikable Lösungen vorgeschlagen worden. Die Freisinger Tafel sei bereit gewesen, die Verteilung zu übernehmen. Die Finanzierung dieser Maßnahme könnte durch Umschichtung erfolgen. Er kritisiert, dass ihm die von VR Wimmer zugesagte Liste über die Verteilung der Volksfestzeichen bis heute noch nicht vorliege. Seines Erachtens beinhalte sein Antrag, wie man mit den Personen, die am Rand der Gesellschaft stehen, umgehe. Insofern könne er verschiedene Reaktionen auf seinen Antrag nicht verstehen.

Der Vorsitzende erläutert, dass Angriffe auf das Kollegialorgan nicht hilfreich seien und es zudem durchaus üblich sei, dass zu den verschiedenen Anträgen eine Stellungnahme der Verwaltung erfolge. Die Beschlussfassung erfolge letztlich durch das Gremium. VR Wimmer sei bei den Gesprächen der Fraktionen anwesend gewesen. Ihm sei mitgeteilt worden, dass

keine abschließende Lösung gefunden werden konnte. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die heutige Beschlussvorlage seitens des Fachamtes vorgelegt worden und hinter der stehe er auch.

StR Eschenbacher könnte dem Antrag zwar grundsätzlich zustimmen. Er sehe allerdings das Problem in der Handhabung, nachdem das Jobcenter die Herausgabe der notwendigen Daten ablehne. Es wäre also somit notwendig, eine offizielle Stelle einzurichten, bei dem der definierte Personenkreis sich entsprechend ausweise, um dann die Zeichen zu erhalten.

Der Vorsitzende betont, dass der Vorgang insgesamt nachprüfbar sein müsse, nachdem es sich um öffentliche Mittel handle. Wenn seitens des Ausschusses der Antrag befürwortet und nachdem der Antrag für 2012 aufrechterhalten werde, müsste ein konkretisierter Prüfungsauftrag für das nächste Jahr erarbeitet werden: „Die Stadt beabsichtigt den Antrag im nächsten Jahr umzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein nachvollziehbares System zu erarbeiten.“ Somit wäre dies eine Aufgabe der Verwaltung, die diesen Vorschlag dann auch federführend mit den beteiligten Stellen erarbeiten müsse.

StR Eschenbacher weist darauf hin, dass der entsprechende Personenkreis wohl einen entsprechenden Bescheid erhalte, mit dem dann der Erhalt der Zeichen möglich wäre.

Der Vorsitzende stellt nochmals klar, dass es sich auf jeden Fall um <u>eine zentrale</u> Stelle handeln müsse. Insofern halte er eine Umsetzung für das Volksfest 2011 für nicht mehr möglich.

StRin Kammler betont, dass sich alle Beteiligten sehr um eine Lösung bemüht haben. Insofern halte sie die Ausführungen von StR Dr. Kaiser für nicht zielführend. Eine Umsetzung des Antrages müsse, worauf VR Wimmer auch hingewiesen habe, im nächsten Haushalt vorgesehen werden. Für eine Finanzierung nur über Sponsoring sehe sie wenige Möglichkeiten. Insgesamt müsse eine Verteilung der Zeichen an einer Stelle organisiert werden. In den Beratungen des Arbeitskreises sei die Tendenz dahin gegangen, dass man eher die Kinder unterstütze. Dies wäre für sie persönlich auch der richtige Weg.

StRin Bönig verwehrt sich nachdrücklich gegen die Aussage, dass die Mitglieder des Ausschusses grundsätzlich gegen derartige Anträge seien. Sie sei nicht grundsätzlich gegen diesen Antrag, ein Weg zur Verteilung lasse sich sicherlich finden. Aus ihrer Erfahrung als Vorsitzende des Kinderschutzbundes teilt sie mit, dass man diesen Personenkreis als Menschen behandle, die Hilfe suchen, die man betreue und als gleichwertige Partner sehe. Man organisiere, dass die Hilfe den Kindern zugute komme und natürlich erhalten auch die Erwachsenen Unterstützung, die bisher aus Spendengeldern finanziert werde. Im Vordergrund stünden aber die Familien.

StRin Eberhard befürwortet grundsätzlich den Vorschlag des Vorsitzenden, wenn für dieses Jahr keine Regelung gefunden werden könne, für 2012 einen Vorschlag zu erarbeiten. Sie schließe sich den Ausführungen von StRin Bönig an.

Bgm. Zierer führt aus, dass der Vorsitzende den Weg bereits aufgezeigt habe. Dagegen spreche allerdings die heutige Beschlussvorlage. Wenn nunmehr für 2012 eine umsetzbare Lösung in Abstimmung mit den zuständigen Stellen erarbeitet werden soll, dann sei dies der richtige Weg, den wohl alle befürworten. Eine entsprechende Beschlussfassung sollte heute auch erfolgen, um in der Angelegenheit weiterzukommen und letztlich der angesprochene Personenkreis unterstützt werde.

StR Vogl findet die Idee des Antrages und die darin gemachten Vorschläge grundsätzlich gut. Er befürwortet den Vorschlag hinsichtlich der Finanzierung, dass diese durch die Verringerung der an anderer Stelle ausgegebenen Gutscheine erfolgen soll. Eventuell können die Stadtratsmitglieder mit gutem Beispiel vorangehen und auf die Bierzeichen, die man von der Stadt erhalte, verzichten. Eine andere Idee wäre es, eine solche Sache aus dem Stadtratskreis heraus mit kleineren oder größeren Spenden zu ermöglichen. Insgesamt merkt er an, dass es relativ einfach sei, über öffentliche Gelder zu entscheiden. Er verweist aber auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt. Insofern fände er es gut, wenn man den Betrag, der nicht über Einsparungen bei den Bierzeichen an anderer Stelle erreicht werden könne, durch Spenden aus dem Stadtratskreis abdecken könne.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Der Vorsitzende verweist auf den von ihm unterbreiteten Beschlussvorschlag. Aus den Diskussionen sei zu erkennen, dass das Gremium dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Die Verwaltung soll beauftragt werden, einen mehrheitsfähigen Lösungsvorschlag für 2012 zu unterbreiten.

StRin Sahlmüller sieht es im Hinblick auf die Probleme der Stadt Freising nicht unbedingt als allerwichtigstes Anliegen, dass jeder 1 Bier und ½ Hendl auf dem Volksfest erhalte. Die hierfür aufgewendete Zeit stehe in keiner Relation. Sie stelle provokativ in den Raum, dass solche Anträge wohl gestellt werden in der Hoffnung, dass sie abgelehnt werden.

StR Hölzl bezieht sich auf die Ausführungen von StRin Sahlmüller und stellt die Frage, wie weit man noch mit derartigen sozialen Zuwendungen gehen wolle. Er verweist - wie bereits von StR Vogl vorgebracht - auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt. Er sehe insoweit auch die Grenzen einer Kommune für solche Ausgaben.

Der Vorsitzende erläutert insofern die Problematik der Gleichbehandlung, da die Palette derartiger Anträge immer größer werde. Aus diesem Grund sei eine grundsätzliche Herangehensweise erforderlich.
Der Vorsitzende stellt seinen Beschlussvorschlag wie folgt zur Abstimmung:

Beschluss Nr. 315/68a
Anwesend: 14 Für: 12 Gegen: 2 den Antrag

Der Antrag der Partei Die Linke auf Neuverteilung von Volksfestgutscheinen wird für das Jahr 2011 abgelehnt.
Der Hauptausschuss steht dem Antrag (eingegangen 25.03.2011) grundsätzlich positiv gegenüber. Die Verwaltung wird beauftragt, einen mehrheitsfähigen Lösungsvorschlag für 2012 mit Beteiligung des Volksfestreferenten zu erarbeiten.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 9 Arbeitsgemeinschaft MAA (Munich Airport Area) (HA 27.06.2011)
Anwesend: 14

Der Vorsitzende verweist auf die Beratung im Hauptausschuss vom 27.06.2011. Die Thematik sei zur Beratung in den Fraktionen zurückgestellt worden. Er spreche sich bekanntlich für einen Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft aus. Der Hauptausschuss habe einen entsprechenden Bericht seinerseits für einen Beitritt bereits in der Hauptausschusssitzung vom 21.02.2011 zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Vertragsentwurf liegt der Erstschrift des Protokolls in Ablichtung bei.

StR Eschenbacher hält grundsätzlich einen derartigen Zusammenschluss im Hinblick auf die Vermarktung von Gewerbegebieten für einen sinnvollen Weg. Allerdings sei die Zeit im Augenblick (positiver Planungsfeststellungsbeschluss für den Bau einer 3. Start- und Landebahn) für einen derartigen Zusammenschluss denkbar ungünstig. Er hielte dies auch momentan für nicht klug.

Der Vorsitzende hält dem entgegen, dass die Diskussion zu dieser Thematik bereits zu einem Zeitpunkt stattgefunden habe, wo eine Entscheidung für den Bau einer 3. Start- und Landebahn nicht absehbar gewesen sei. Die 3 Gemeinden Oberding, Hallbergmoos und Marzling hätten diesen Beitritt bereits unterzeichnet. Herr Bürgermeister Stallmeister habe ihn schriftlich gebeten, eine Entscheidung der Stadt Freising herbeizuführen. Er habe seine Sicht der Dinge bereits dargelegt, habe aber Verständnis, wenn man aufgrund der aktuellen Entwicklungen einen Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt ablehne. Er würde eine entsprechende Entscheidung Herrn Bürgermeister Stallmeister mitteilen. Ob ein Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich sein werde, könne er heute nicht sagen.

StR Grimm trägt vor, dass die Arbeitsgemeinschaft eine Geschäftsstelle in den Räumlichkeiten des Flughafen Münchens betreiben werde. Er erkundigt sich, wie hoch die anfallenden Kosten für die Stadt wären. Hinsichtlich der Festlegung, dass die Beteiligtenversammlung Beschlüsse fasse, erkundigt er sich, ob diese für die Beteiligten verpflichtend seien.

Der Vorsitzende teilt mit, dass entsprechende Beschlüsse natürlich für die Beteiligten verpflichtend seien.

StR Grimm stellt dies etwas in Frage, wenn es sich um Belange der einzelnen Gemeinden oder des Flughafens handle.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass sich die Beteiligten auch an die gefassten Beschlüsse halten müssen. Er halte diesen Zusammenschluss für sinnvoll, gerade um gegenseitige Abwerbungsaktionen zu vermeiden.
Derzeit sei - wie bei der Arbeitsgemeinschaft „Airfolgsregion" - ein Betrag von 20.000 € jährlich geplant. Gegebenenfalls müsse der Betrag bei entsprechenden Aktivitäten aufgestockt werden.

StR Bauer teilt mit, dass seine Fraktion den Beitritt zu dieser Arbeitsgemeinschaft strikt ablehne. Er verweist insofern auch auf die Diskussionen zur Arbeitsgemeinschaft „Airfolgsregion", besonders auch hinsichtlich der Namensgebung. Auch diese neue Arbeitsgemeinschaft sei wieder flughafenzentriert. Er stellt die Frage in den Raum, ob man sich tatsächlich so unter Preis verkaufen müsse und wieder einen Namen auswähle, der nur dem Flughafen nutze. Freising habe selbst genügend Möglichkeiten sich darzustellen. Zum Vertrag selbst merkt er an, dass gemäß Festlegung Freising als größte Stadt im Umkreis des Flughafens erst 2019 den Vorsitz übernehmen würde. Dies könne wohl nicht sein. Zum § 7 „Beteiligungspflicht, Geheimhaltungspflichten" führt er aus, dass seines Erachtens im Falle eines Beitritts der Stadt Freising der Hauptausschuss als entsprechendes Gremium über die Abläufe informiert werden sollte. Er halte es für etwas unglücklich, dass einige der künftigen Partner den Vertrag bereits unterschrieben haben, während die Entscheidung von anderen Gremien noch ausstehe. So entstehe der Eindruck, dass man in Zugzwang sei. Er hätte es für sinnvoll gefunden, wenn alle Gremien der Kommunen zunächst zugestimmt hätten und dann eine gemeinsame Unterzeichnung erfolgt wäre.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Der Vorsitzende erläutert, dass er die Frage eines Beitritts der Stadt Freising bereits im Hauptausschuss am 21.02.2011 vorgebracht habe. Damals habe der Hauptausschuss seinen Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Er sei daher entsprechend in die Gespräche und Verhandlungen mit den anderen Bürgermeisterkollegen gegangen. Wenn nunmehr eine andere Meinung vertreten werde, dann akzeptiere er dies. Er sehe dies aufgrund der aktuellen Ereignisse ebenfalls etwas problematisch. Nunmehr aber den Vorwurf zu machen, die anderen Gemeinden wären vorgeprescht, halte er nicht für richtig. Wenn keine positive Tendenz des Ausschusses gegeben gewesen wäre, hätte man sicherlich keine weiteren Gespräche geführt.

StR Eschenbacher stellt nochmals fest, dass er den Zusammenschluss für grundsätzlich richtig erachte. Die von StR Bauer angesprochene Namensgebung halte er für nicht so falsch mit Verweis auf den Erfolg des „Airport Business Park" der Gemeinde Hallbergmoos. Insofern sei er sowieso erstaunt, dass die Gemeinde Hallbergmoos dem Zusammenschluss beitreten wolle, da diese bereits sehr professionell aufgestellt seien. Er denke auch nicht, dass der Flughafen aus diesem Zusammenschluss einen Profit ziehe sondern dieser eine rein profitable Angelegenheit für die jeweiligen Kommunen wäre. Doch - wie bereits ausgeführt - sei der Zeitpunkt im Augenblick schlecht. Daher sollte man diese Angelegenheit schieben.

Bgm. Zierer erläutert, dass es aus den bereits genannten Gründen momentan schwierig sei, mit der Beteiligung der Flughafen München GmbH einen derartigen Zusammenschluss zu gründen. Andererseits sei aber seitens der Stadt Freising kein Denkverbot gegeben, wo man sich mit den Gewerbegebieten beteilige. Die derzeitige Vermarktung über das Finanzreferat mit den verschiedenen Messeauftritten sei auch zielführend. Insgesamt müsse man sich natürlich klar werden, in welche Richtung sich die Stadt Freising entwickeln wolle. Die derzeit entwickelten Gewerbegebiete seien allgemein bekannt. Seines Erachtens brauche man über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus nicht noch mehr unternehmen. Wenn man aber darüber hinaus etwas machen möchte, liege dies im Entscheidungsbereich des Stadtrates.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Der Vorsitzende verweist auf die bisherigen Wortmeldungen und stellt fest, dass wohl mit Ausnahme von ihm die Meinung vertreten werde, dass aus aktuellen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt ein Beitritt nicht opportun sei. Ob natürlich ein Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich sein werde, bleibe dahingestellt.

StR Vogl geht in seinen Ausführungen auf den Vertragsentwurf ein. Grundsätzlich könnte der in § 2 genannte Zweck der Arbeitsgemeinschaft, den Standort für Unternehmensansiedlungen national und international zu vermarkten, dazu beitragen das ein oder andere Gewerbegebebiet zu erschließen. Andererseits stelle sich die Frage bzw. bezweifle er, ob dies wesentlich sei angesichts der sehr guten Arbeit von OVRin Hagl mit ihren Mitarbeiter/innen. Aber es könnte ein Punkt sein, der die Stadt weiterbringe. Insofern sei es gut darüber zu diskutieren. Der weitere genannte Zweck, die Flächenentwicklung für gewerbliche Ansiedlungen zum allseitigen Vorteil nach Möglichkeit zu koordinieren, dürfte schwierig werden. Letztlich verfolge bei der Flächenentwicklung wohl jeder seine eigenen Ziele, so dass er diesen Satz - sollte der Vertrag einmal kommen - fast streichen würde. Schwierig sehe er auch Abs. 1 in § 7. Die Finanzierung mit den bereits genannten 20.000 € stelle doch auch einen gewissen Betrag dar. Hier stelle sich wieder die Frage nach dem Nutzen, ob es dies wirklich wert sei, eine weitere Geschäftsstelle am Flughafen zu betreiben. Diesen Betrag könnte man auch z. B. für die Finanzierung eines zusätzlichen Messestandes nutzen. Zusammenfassend führt er aus, selbst wenn man die Problematik mit der unsäglichen Genehmigung der 3. Start- und Landebahn nicht hätte, müsste man auch die Kompetenz des Flughafens angesichts der sehr guten Kompetenz der Stadt im Bereich der Immobilienvermarktung hinterfragen oder ob dieses Gremium eher Know-how absauge. Insofern spreche er sich natürlich derzeit gegen einen derartigen Zusammenschluss aus. Aber selbst zu einem späteren Zeitpunkt würde er dieses Thema sehr kritisch diskutieren wollen.

StRin Kammler trägt vor, dass die Vermarktung der Gewerbeflächen immer wieder diskutiert worden sei und auch OVRin Hagl immer wieder in der Kritik gestanden habe. Es gebe auch entsprechende Anträge aus den Fraktionen. Richtig sei natürlich auch der Hinweis von StR Eschenbacher, dass der aktuelle Zeitpunkt in der momentanen Lage sehr kritisch sei. Für

sie stelle sich aber die Frage, wann dann der richtige Zeitpunkt sei bzw. ob man überhaupt noch mit der Flughafen München GmbH sprechen oder ob man alle Gespräche abblocken wolle. Sie gibt zu bedenken, dass man dann im Hinblick auf Sponsoring wohl auch Konsequenzen ziehen müsste. Letztlich sei man sich darüber im Klaren, dass einen positiven Beschluss derzeit niemand aushalten könne.

StRin Eberhard legt bezüglich des Zeitpunkts dar, dass nunmehr die Entscheidung anstehe und aktuell die Entscheidung für den Bau einer 3. Start- und Landebahn gefallen sei. Ihres Erachtens sollte man sich überlegen, eine solche Arbeitsgemeinschaft ohne den Flughafen aufzubauen.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Flughafen keine Gewerbeflächen zu vermarkten habe. Außerdem würde ein derartiger Zusammenschluss in einem Prozessverfahren keinerlei Auswirkungen haben. Er verweist insofern auf das Verfahren zum Nachtflugverbot, in dem es dann entsprechende Hinweise hätte geben müssen.

Bgm. Schwaiger trägt vor, dass man seines Erachtens die Diskussion auf eine sachliche Ebene zurückführen müsse. Er stellt die Frage in den Raum, was denn sei, wenn man im gerichtlichen Verfahren gegen eine 3. Start- und Landebahn unterliege. Man habe sich dann von allen abgesondert und stehe - wie 1992 - wieder allein da. Das Wehklagen sei dann groß, aber man habe dann kein Konzept wie man mit den Nachteilen, die man dann aufgebürdet bekomme, umgehen und sich positionieren solle. Er finde insofern den Vorschlag nicht schlecht, einen derartigen Zusammenschluss ohne den Flughafen zu überdenken. In dieser Richtung sei aber momentan nichts ausgearbeitet. Seines Erachtens sollte man den Widerstand mit allen Mitteln fortführen, insbesondere das gerichtliche Verfahren. Gleichzeitig sollte man sich aber darüber Gedanken machen, wie man sich trotz dieser Problematik gut positionieren könne. Dass der Zusammenschluss keine schlechte Idee wäre, darüber bestehe wohl mehrheitlich Einigkeit. Seiner Auffassung nach müsse man die Themen trennen. Natürlich müsse man den Widerstand mit aller Vehemenz verfolgen. Kurzfristig gedacht erscheine

der Zusammenschluss nicht klug, aber langfristig halte er dies durchaus für eine sinnvolle Möglichkeit.

StR Hölzl stellt fest, dass der Flughafen auf die umliegenden Städte und Gemeinden wenig Rücksicht nehme. Nach seinen Informationen erziele der Flughafen 50 % seiner Einnahmen aus Geschäften, die im Flughafen platziert seien. Er verweist als Beispiel auf das dort angesiedelte Hotel, welches natürlich den umliegenden Gemeinden zum Nachteil gereiche. Für ihn stelle sich die Frage, was man 1992 versäumt habe bzw. was man für Freising hätte herausholen können, was man jetzt nicht habe. Seines Erachtens habe der Flughafen in allen Verträgen die Vorteile. Er verweist im Zusammenhang mit der Diskussion zu TOP 8 auch auf das teilweise niedrige Lohnniveau am Flughafen, welches dann letztlich wieder durch die Kommunen im Bereich der sozialen Aufgaben ausgeglichen werden soll.

Der Vorsitzende merkt an, dass das angesprochene Hotel auf dem Stadtgebiet von Freising liege.

StRin Eberhard findet die Unterschriftsleistung der 3 Bürgermeister im Vorfeld gerade angesichts des laufenden Verfahrens als ziemlich dreist, auch wenn der positive Planfeststellungsbeschluss zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgelegen habe, da doch erheblicher Druck aufgebaut werde.

Der Vorsitzende weist dies energisch zurück, da dies ungerecht gegenüber seinen Bürgermeisterkollegen sei, die er sehr schätze. Es habe sich um ein gemeinsames Gespräch gehandelt. Im Anschluss daran hätten die 3 Bürgermeister in ihren politischen Gremien die Beschlüsse herbeigeführt und dementsprechend den Vertrag unterschrieben. Der Hauptausschuss habe am 21.02.2011 nach der Berichterstattung grünes Licht gegeben, auf dieser Basis weiter zu verhandeln. Wenn nunmehr eine andere Meinung vertreten werde, akzeptiere er dies.

StRin Bönig vertritt die Auffassung, dass man die Themen 3. Start- und Landebahn, Gerichtsverfahren und z. B. „Airfolgsregion" oder anderweitige Zusammenschlüsse nicht voneinander trennen könne, man müsse dies im Kontext sehen. Man könne ihres Erachtens nicht bereits einen Plan B in der Schublade haben. Ihres Erachtens müsse man sich unabhängig von der gerichtlichen Entscheidung zum Bau einer 3. Start- und Landebahn überlegen, wohin die Stadt Freising weiter wachsen solle, was die Stadt an sozialer Infrastruktur überhaupt noch leisten könne, wenn sie weiter wachse. Die vorhandenen Gewerbegebiete und evtl. noch zu entwickelnden Gewerbegebiete seien mit der jährlichen Präsentation auf den Messen gut vertreten.

Bgm. Zierer weist darauf hin, dass man eine Zusammenarbeit mit dem Flughafen bereits auf verschiedenen Ebenen wie z. B. der „Airfolgsregion" habe. Wenn dies nicht ausreichend sei, dann werde ein neuerlicher Zusammenschluss auch nicht helfen.

Der Vorsitzende betont, dass man das Regionalmarketing „Airfolgsregion" nicht mit dem Zusammenschluss „Munich Airport Area" vergleichen könne.

StRin Lintl trägt vor, dass der Zeitpunkt sicherlich nicht günstig sei und ein Aufschub daher vielleicht eine gute Entscheidung wäre. Aus planungsrechtlicher Sicht weist sie aber darauf hin, dass nicht alles, was sich um den Flughafen herum gemeindeabhängig entwickle, opportun für die Landschaft sei. Dies liege aber nicht im Aufgabengebiet des Flughafens sondern hier sei jede einzelne Gemeinde für sich selbst zuständig. Sie verweist auf die Beispiele Mintraching, Freisinger Moos und Langenbach. Wenn man sich nunmehr als Umlandgemeinden in diesem Bereich miteinander unterhalte und die Befindlichkeiten auf hoher Ebene austausche, dann könne sie dies nur als positiv empfinden. Eigentlich könnten hier auch der Landkreis und der Planungsverband Aufgaben übernehmen, die dies aber nicht tun. Insofern hielte sie eine „Selbsthilfe" der Umlandgemeinden auf Führungsebene für positiv.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

Beschluss Nr. 316/68a

Anwesend: 14 Für: 3 Gegen: 11 den Antrag

Die Stadt Freising tritt der Arbeitsgemeinschaft Munich Airport Area (MAA) bei.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

TOP 10c Berichte und Anfragen

Bericht Herr Jobst - Generalsanierung Asamgebäude; Öffentlichkeitsarbeit

Anwesend: 14

Herr Jobst erläutert, dass man mit der Generalsanierung Asamgebäude mittlerweile ein Stück weiter nach vorne gekommen sei. In den letzten Jahren habe sich herauskristallisiert, dass die Einbindung der Öffentlichkeit für die Durchführung von großen (Bau-) Projekten erforderlich sei, um die notwendige Akzeptanz für die Vorhaben in der Bevölkerung zu erlangen und auch die notwendigen Informationen zu übermitteln. Aus diesem Grund halte man die Begleitung durch eine externe Fachstelle für Öffentlichkeitsarbeit für notwendig und sinnvoll. Es sei daher geplant entsprechende Institutionen zu kontaktieren. Aus den Interessensbekundungen würde seitens der Verwaltung eine Vorauswahl gebildet und diese dann um ein konkretes Angebot gebeten. Die konkreten Angebote sollen dann in einem Gremium diskutiert und bewertet werden. Dieses Gremium sollte sich ähnlich wie beim Wettbewerb zusammensetzen.

Der Bericht wird nach kurzer Diskussion zustimmend zur Kenntnis genommen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 10d Berichte und Anfragen

Bericht OB - Anfrage Staatl. Berufsschule Freising bezüglich der Nutzung der Mehrzweckhalle in der Luitpoldanlage für Abschlussprüfungen

Anwesend: 14

Der Vorsitzende trägt vor, dass eine Anfrage der Staatl. Berufsschule Freising zur Nutzung der Mehrzweckhalle in der Luitpoldhalle für Abschlussprüfungen zusammen mit der IHK vorliege. Die Nutzung würde sich auf 2 Termine jährlich erstrecken. Es handle sich um eine Schule des Landkreises. Er würde eine mietfreie Überlassung vorschlagen, wobei die anfallenden Nebenkosten entrichtet werden müssten.

Der Sachverhalt wird kurz diskutiert.

Beschluss Nr. 317/68a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Die Stadt Freising stellt der Staatl. Berufsschule Freising für die Abschlussprüfungen zusammen mit der IHK an 2 Terminen im Jahr die Mehrzweckhalle in der Luitpoldanlage mietfrei zur Verfügung. Die anfallenden Nebenkosten müssen entrichtet werden.

TOP 10e Berichte und Anfragen

Anfrage Bgm. Schwaiger - Wippenhauser Straße; Schwerlastverkehr

Anwesend: 14

Bgm. Schwaiger trägt vor, dass er von mehreren Bürgern aus der Wippenhauser Straße wegen des zunehmenden Schwerlastverkehrs gerade in den Abendstunden angerufen worden sei. Er regt an, eine entsprechende Mitteilung an die Polizei zu geben und selbst ggf. etwas mehr Geschwindigkeitsüberwachung vorzunehmen.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass eine Geschwindigkeitsüberwachung sicherlich möglich sei. Allerdings sei die Wippenhauser Straße derzeit Umleitungsstrecke (Baustelle Mainburger Straße).

TOP 10f Berichte und Anfragen
Hinweis Bgm. Schwaiger - Einladung Seminar „Haftungsfallen in Geschäftsführung und Aufsichtsrat"
Anwesend: 14

Bgm. Schwaiger verweist auf die Einladung zu o. g. Seminar. Die Thematik sei bereits im Hauptausschuss auf Antrag von StR Dr. Kaiser diskutiert worden.

StR Vogl teilt mit, dass er die Einladung ebenfalls erhalten habe, direkt, in einem ungeöffneten Kuvert, ohne Würdigung der Verwaltung. Es handle sich offensichtlich um einen Drittanbieter. Er erkundigt sich, ob das Seminar bekannt sei und ob die Einladung auf Initiative des Vorsitzenden erfolgt sei.

Der Vorsitzende verneint dies.

StR Vogl trägt vor, dass im Hauptausschuss ein derartiges Seminar und die Teilnahme daran diskutiert worden seien. Nachdem die Einladung nicht auf Initiative der Verwaltung erfolgt und offensichtlich dieses Seminar auch nicht bekannt sei, stelle sich für die Frage, ob man daran teilnehmen und 300 € investieren sollte.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er diese Einladung nicht erhalten habe und ihm daher das Seminar auch nicht bekannt sei.

Bgm. Schwaiger erläutert, dass er lediglich den Namen der Kanzlei kenne und es sich um eine renommierte Wirtschaftskanzlei handle. Mehr könne er dazu auch nicht sagen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

StR Vogl trägt vor, wenn ihm gesagt werde, dass eine Teilnahme an diesem Seminar zweckmäßig und für die Aufsichtsratstätigkeit notwendig sei, dann werde er daran teilnehmen. Wenn allerdings von Seiten der Verwaltung ein derartiges Seminar, möglicherweise zweckmäßiger und kostengünstiger, organisiert werde, dann würde er hieran teilnehmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Besuch eines derartigen Seminars in der Entscheidung des Einzelnen liege.

TOP 10g Berichte und Anfragen

Anfrage StR Grimm - Langzeitabstellung von Fahrrädern in der Innenstadt
Anwesend: 14

StR Grimm trägt vor, dass er in der Innenstadt die Langzeitabstellung der Fahrräder beobachte, die seines Erachtens richtiggehend überhand nehme. Er führt als Beispiel den Fahrradständer gegenüber seinem Geschäft an. Hier stünden seit ca. 3 bis 4 Wochen 4 Fahrräder. An dem Absperrgitter vor seinem Geschäft stehe auch bereits seit ca. 14 Tagen ein Fahrrad. Er habe einen Mitarbeiter der Verkehrsüberwachung darauf angesprochen. Dieser habe mitgeteilt, dass derzeit Probleme in der Oberen Stadt bestünden. Außerdem sei das Fahrrad abgesperrt und dürfe schon noch eine Zeit lang stehen bleiben. Er erkundigt sich, ob die Verkehrsüberwachung auch damit beauftragt sei, auf abgestellte Fahrräder zu achten und ggf. zu markieren, um z. B. nach 2 Wochen evtl. dieses dann entfernen zu lassen. Andererseits beschweren sich Radfahrer, dass es in Freising keine Fahrradständer gebe.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung bis zur nächsten Sitzung am 05.09.2011 zu.

StR Vogl verlässt den Raum.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (68.) vom 08. August 2011

TOP 10h **Berichte und Anfragen**

Anfrage StRin Eberhard - Vöttinger Straße; Bauarbeiten

Anwesend: 13

StRin Eberhard trägt vor, dass derzeit in der Vöttinger Straße Teerarbeiten durchgeführt werden. Zwischenzeitlich sei die Anbringung eines Zebrastreifens beschlossen worden. Sie erkundigt sich hinsichtlich der Koordinierung dieser Arbeiten auch unter dem Kostenaspekt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Anbringung des nunmehr beschlossenen Zebrastreifens sicherlich wieder entsprechende Arbeiten nach sich ziehe. Dies sei aber zum Zeitpunkt der vorher durchgeführten Bauarbeiten nicht bekannt gewesen.

StR Vogl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bgm. Zierer wirft ein, dass der Zebrastreifen mehr in Richtung Vötting angebracht werde.

StR Dr. Kaiser verabschiedet sich und verlässt die Sitzung.

TOP 10i **Berichte und Anfragen**

Bericht OB - Hotel Bayer. Hof; Bauarbeiten Tiefgarage

Vereinbarung hinsichtlich Ersatzparkplätze auf dem Parkplatz Kammergasse West

Anwesend: 14

Der Vorsitzende erläutert, dass nach Mitteilung von Herrn Dettenhofer die Bauarbeiten zur Tiefgarage am 08.08.2011 beginnen. Aus diesem Grund könne den Gästen bis voraussichtlich Ende des Jahres keine Parkmöglichkeit mehr angeboten werden. Herr Dettenhofer bitte nunmehr um Zustimmung, dass die Hotelgäste auf dem Parkstreifen vor dem Hotel und

ebenso auf dem Parkplatz an der Kammergasse über 7.00 Uhr hinaus ihre Autos abstellen dürfen.
Der Vorsitzende sieht ein gewisses Problem darin, eine uneingeschränkte Parkmöglichkeit in der Oberen Hauptstraße, auch tagsüber, zuzulassen. Andererseits können aber auch auf dem Parkplatz an der Kammergasse keine kostenlosen Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Man könne sich aber eine Vermietung von Stellplätzen auf dem Parkplatz an der Kammergasse gegen eine Pauschalgebühr von 4,67 € (gemittelte Einnahme pro Stellplatz/Tag, 8:00 bis 18:00 Uhr) vorstellen. Die entsprechenden Plätze sollen gekennzeichnet werden.
Auf Nachfrage trägt Herr Zellner vor, dass Herr Dettenhofer bei der Städt. Verkehrsüberwachung die jeweiligen Fahrzeugkennzeichen und die Standdauer mitteilen wird.
Die Regelung soll bis zum Abschluss der Baumaßnahme getroffen werden.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der Stadt Freising und dem Hotel Bayer. Hof, Herrn Dettenhofer, einverstanden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 19.15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer	Irene Striegl
Oberbürgermeister	Schriftführerin